

„Mitteldeutschland kommt eine wichtige Rolle zu“

Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen), **Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**, war zu Gast bei der IHK und tauschte sich mit betroffenen Unternehmen zur künftigen Energieversorgung Mitteldeutschlands aus.

Herr Kellner, wir bitten Sie um einen Blick voraus: Wie wird der mitteldeutsche Wirtschaftsstandort im Jahr 2030 aussehen, wenn die Energiewende Fahrt aufgenommen hat?

Michael Kellner: Zentrales Element der Energiewende ist der Umstieg auf erneuerbare Energien (EE). Bis 2030 soll der deutsche Strombedarf schon zu 80 Prozent aus Erneuerbaren gedeckt werden – in Mitteldeutschland könnte der Anteil aufgrund des hohen Potenzials und der guten Anbindung an die norddeutschen Windstandorte noch deutlich höher sein. Daraus ergeben sich große Chancen insbesondere auch für den Industriesektor, dem durch das Erneuerbaren-Angebot die Möglichkeit eröffnet wird, mit günstigem EE-Strom und daraus hergestelltem Wasserstoff weitgehend klimaneutral zu produzieren. Für die exportorientierte Wirtschaft Mitteldeutschlands bieten sich dadurch große Chancen, die Wertschöpfung im Land zu halten und eine Vorreiterrolle bei zukunftssträchtigen Technologien einzunehmen.

Gerade unsere energieintensive Industrie braucht eine solide, verlässliche sowie bezahlbare Stromversorgung. Außerdem sind Erdöl und Erdgas wichtige Ausgangsstoffe. Wie können die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben?

Kellner: Wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit ist die möglichst klimafreundliche Produktion. Eine bedeutende Rolle spielt dabei Energieeffizienz, um Kosten und CO₂-Ausstoß

kurzfristig zu senken. Aber mittelfristig wird der Umstieg auf neue Verfahren entscheidend sein, die auf erneuerbaren Energien beruhen. Für die Substitution stofflich eingesetzter Mengen von Öl und Gas ist eine verstärkte Kreislaufwirtschaft erforderlich, etwa durch Recycling von Altstoffen, aber auch der Wiederverwendung von CO₂, um fossilen Kohlenstoff zu ersetzen.

Welche Rolle spielt der Staat dabei?

Kellner: Die Transformation muss primär marktgetrieben erfolgen, da jedes Unternehmen am besten weiß, wie es seine Verfahren umstellen kann. Der Staat muss für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen.

Für die Transformation zum „grünen Wasserstoff“ sind enorme Investitionen aber auch Planungssicherheit erforderlich. Wie kann der Staat dafür einen geeigneten Rahmen setzen?

Kellner: Wir setzen uns national und international für die Anpassung von Rand- und Rahmenbedingungen ein, um einen technologieoffenen Hochlauf von Wasserstofftechnologien zu ermöglichen. Investitionen benötigen Planungssicherheit und diese können wir durch verbesserte Rahmenbedingungen schaffen.

„**Mitteldeutschland kann Vorreiter bei Zukunftstechnologien werden.**“

Wird es staatliche Förderung geben? Welche Kosten werden die Unternehmen schultern müssen?

Kellner: Bereits heute gibt es mit den Reallaboren der Energiewende, den IPCEI-Projekten („Important Project of Common European Interest“ = wichtiges Vorhaben im allgemeinen europäischen Interesse, Red.) und einer Viel-

zahl an weiteren Förderprogrammen konkrete Unterstützung für Unternehmen und Konsortien, wodurch die mitteldeutsche Wirtschaft bereits heute vor Ort profitiert. Das wollen wir in Zukunft noch weiter ausbauen.

Der wohl größte Investitionsbedarf besteht im Bereich der Netzinfrastruktur, konkret etwa: Pipelines. Teilen Sie unsere Auffassung, dass hier vor allem die öffentliche Hand in der Finanzierungsverantwortung steht?

Kellner: Im Bereich der Strom- und Erdgasnetze liegt die Planung und Finanzierung in Deutschland bei privaten Unternehmen, den Netzbetreibern. Diese können die Kosten für die Netze nach Prüfung durch die Bundesnetzagentur als Netzentgelte an die Kunden weitergeben.

Bei den Wasserstoffnetzen stehen wir noch am Anfang des Hochlaufs, denn hier entsteht eine von Grund auf neue Infrastruktur. Daher besteht die erste Phase des Aufbaus aus einer öffentlichen Förderung von integrierten Ein-

zelprojekten im Rahmen des IPCEI-Wasserstoff entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette. Für diese 62 Projekte stellen die Bundesländer und der Bund über acht Milliarden Euro an Fördergeldern zur Verfügung. Durch diese IPCEI-Projekte entstehen in den nächsten Jahren ca. 1.700 Kilometer an Wasserstoffleitungen in Deutschland. Für die nächste Phase wird es darum gehen, den weiteren Hochlauf und den Betrieb der Wasserstoffnetze in die Fläche zu bringen. Auch hier wird eine anteilige Finanzierung durch Fördermittel wichtig bleiben, andernfalls wären die anfänglich noch wenigen Kunden mit hohen Netzentgelten konfrontiert, die den Hochlauf der Wasserstoffnutzung gefährden würden.

„**Wir wollen die Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen weiter beschleunigen.**“

Es wird erforderlich sein, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen?

Kellner: Einen ersten wichtigen Schritt stellt das Osterpaket dar (= Gesetzesmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, die das Bundeskabinett an Ostern beraten hat, Red.). Durch die Stärkung der Windenergie und erhebliche Erleichterungen bei der Flächenausweisung von Windenergieanlagen soll eine spürbare Beschleunigung im Bereich der On- und Offshore-Windenergie erzielt werden. Daran wollen wir mit unserem Sommerpaket anknüpfen und weitere Beschleunigungen bei Genehmigungsverfahren erreichen.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass Deutschland unabhängiger von russischen Energieimporten werden muss. Dafür braucht es die erneuerbaren Energien. Auch im Bereich Wasserstoff werden aktuell Beschleunigungsmöglichkeiten für Planungs- und Genehmigungsverfahren geprüft.

Die aktuelle weltpolitische Entwicklung bringt zusätzlichen Druck auf die Öl- und Gasversorgung. Welche Botschaft haben Sie für die betroffenen Unternehmen?

Kellner: Die vergangenen Wochen und Monate haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass wir uns so schnell wie möglich aus der Klammer russischer Importe befreien. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Umbau unserer Wirtschaft hin zu Klimaneutralität sind längst nicht nur energiepolitische Fragen, sondern auch Fragen der nationalen und europäischen Sicherheit. Mitteldeutschland kommt dabei eine wichtige Rolle zu und zeigt mit dem Reallabor Energiepark Bad Lauchstädt oder dem IPCEI Green Hydrogen Hub Leuna bereits heute, wie der Wandel funktionieren kann. Gemeinsam müssen wir diesen Umbau mit viel Tempo vorantreiben. Zugleich werden wir weitere Anreize für Leitmärkte für klimaneutrale Grundstoffe und Produkte setzen.

Die Fragen stellte Prof. Dr. Thomas Brockmeier.



Staatssekretär Michael Kellner im Gespräch mit Unternehmern aus der Region.